

„Die Grenze des Zumutbaren ist überschritten“

4.000 Ärzte und Arzthelferinnen demonstrierten auf der Kölner Domplatte gegen Honorarverfall, Regressdrohungen und wachsende Bürokratie

von **Horst Schumacher**

Auf der Kölner Domplatte ist die Hölle los an diesem Mittwochmorgen. Ein Trillerpfeifen-Konzert gellt über den Platz vor der Kathedrale. Tausende von Menschen haben sich versammelt mit bunten Luftballons, Transparenten und Plakaten. „Ulla Schmidt muss weg“, ist da zu lesen, „Schluss mit der Sippenhaft für Kassenärzte“ oder „Erst stirbt die Praxis, dann der Patient“. Von der Rednertribüne aus ruft Dr. Martin Grauduszus, Facharzt für Allgemeinmedizin/Sportmedizin aus Erkrath bei Düsseldorf, zum „Widerstand“ auf.

Grauduszus ist Präsident des Vereins „Freie Ärzteschaft“, der zu einem „nationalen Informations- und Protesttag der niedergelassenen Ärztinnen, Ärzte und Arzthelferinnen“ aufgerufen hat. Der Aktion angeschlossenen haben sich der Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt- und Tierarzthelferinnen sowie die nordrheinischen Landesverbände von Hartmannbund und NAV-Virchow-Bund. Nach Angaben der Veranstalter sind rund 4.000 Ärzte und Helferinnen zur Demonstration nach Köln gekommen; mindestens die Hälfte der Arztpraxen im Rheinland sei – bei sichergestellter Notfallversorgung – an diesem 9. November geschlossen.

Was treibt die niedergelassenen Ärzte auf die Straße? Sie sind die unbefriedigende Honorarsituation leid: „Mit einer Kassenpraxis kann man den Lebensunterhalt mittlerweile nur noch durch Verbrauch des

Ersparnis, Auflösung der Lebensversicherung, Abbau der Altersversorgung sowie durch Kreditneuaufnahme bestreiten“, so die „Freie Ärzteschaft“. Sie fordert feste Preise für ärztliche Leistungen. Das Versicherungsrisiko müsse bei den Krankenkassen liegen und dürfe nicht über das „schwachsinnige System“ verfallender Punktwerte an die Ärzte weitergereicht werden. Die leistungsfeindliche Honorarsystematik vernichte die Behandlungsqualität, führe zu Ärztemangel und langen Wartezeiten.

„Der Gesetzgeber baut systematisch die wohnortnahe medizinische Versorgung durch Haus- und Fachärzte ab“, so Martin Grauduszus, „100.000 Arbeitsplätze in den Praxen sind seit Inkrafttreten der Gesundheitsreform in aller Stille vernichtet worden.“ Gleichzeitig nimmt der bürokratische Aufwand nach seinen Worten zu, so dass die Arbeitsbelastung des verbliebenen

Personals ständig steigt, ohne dass dies den Patienten zugute kommt.

Regressdrohungen bei Überschreiten des Arzneimittelbudgets empfindet nicht nur Hans-Peter Meuser, Facharzt für Allgemeinmedizin in Langenfeld und erster Vizepräsident der „Freien Ärzteschaft“, als „Sippenhaft für Kassenärzte“. Auch in der elektronischen Gesundheitskarte sieht die „Freie Ärzteschaft“ eine Gefahr: Sie sei dazu geeignet, „Ärzte und Patienten umfassend zu kontrollieren und Ärzte bei ihrer Berufsausübung zu behindern.“ Eine Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht und damit ein Bruch des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient sei zu befürchten.

Das Fazit des „Freie Ärzteschaft“-Präsidenten Grauduszus: „Die Rahmenbedingungen für ärztliches Handeln in der Kassenmedizin sind unerträglich geworden, die Grenzen des Zumutbaren sind weit überschritten.“

Deshalb will er mit seinen Vereinskollegen gegen die verfehlte Gesundheitspolitik weiterhin „von unten mobilisieren“. Vereins-Vizepräsident Meuser sieht die „Freie Ärzteschaft“ als „junge, aktive Gruppe mit Power“ – wobei diese „jungen Wilden“, so Grauduszus, „seriöse Kollegen sind, die tagtäglich ihre Patienten versorgen“.

Das Trillerpfeifenkonzert auf der Domplatte dringt bis ins fünfte Stockwerk des Domforums, wo die Pressekonferenz der „Freien Ärzteschaft“ stattfindet. Vom Fenster aus ist die ansehnliche Menschenmenge zu überblicken, die sich kurz vor Beginn der Demonstration versammelt hat. „Das ist erst der Anfang“, sagt Meuser, „vielleicht sind es beim nächsten mal 25.000“.



Mit Trillerpfeifen und Plakaten demonstrierten Ärztinnen und Ärzte gemeinsam mit ihren Helferinnen gegen die verfehlte Gesundheitspolitik. Foto: uma